



Brigitte Zypries

Mitglied des Deutschen Bundestages
Justiziarin der SPD-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 227 – 74099

Fax 030 227 – 76125

E-Mail: brigitte.zypries@bundestag.de

Berlin, 25. Mai 2012

**SPD-Vorschlag „Kultur für alle“ abgelehnt –
Initiative für Leichte Sprache läuft weiter**

Die Darmstädter Bundestagsabgeordnete Brigitte Zypries, Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien, erklärt zur Debatte des SPD-Antrags „Kultur für alle! Für einen gleichberechtigten Zugang von Menschen mit Behinderung zu Kultur, Information und Kommunikation“:

Die SPD hat Anfang des Jahres einen Antrag zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in der Kultur in den Bundestag eingebracht. Dieser Antrag wurde auch in Leichte Sprache übersetzt, damit ihn möglichst alle verstehen können – besonders diejenigen, für die der Antrag Verbesserungen bringen soll. Dazu zählen neben geistig Behinderten auch Menschen mit Lern- oder Konzentrationsschwierigkeiten, mit Altersdemenz oder Menschen, die die deutsche Sprache erst erlernen. Leichte Sprache besteht aus kurzen, einfachen Sätzen mit kurzen Wörtern. Der Text ist in einer bestimmten Schriftgröße verfasst und enthält viele Erklärungen. Bunte Bilder unterstützen das Verstehen des Textes.

Leider wurde der Vorschlag diese Woche von Union und FDP im Kultur-ausschuss abgelehnt. Sie wollen keinen gemeinsamen Antrag daraus machen. Das wäre aber ein wichtiges Zeichen und überdies ein längst überfälliger Schritt zur Erfüllung der Rechtsansprüche von Menschen

Pressemitteilung



Brigitte Zypries

Mitglied des Deutschen Bundestages
Justiziarin der SPD-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 227 – 74099

Fax 030 227 – 76125

E-Mail: brigitte.zypries@bundestag.de

mit Behinderungen gewesen. Die UN-Konvention sichert Menschen mit Behinderungen in Deutschland einen Rechtsanspruch auf vollen Zugang zur Kultur zu – als Publikum genauso wie als aktive Kulturschaffende. Der Nationale Aktionsplan der Bundesregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ist leider unzulänglich, er geht über Kann-Bestimmungen und Willensbekundungen nicht hinaus.

Es ist dagegen erfreulich, dass sich der Kulturausschuss wenigstens in einer Sache verständigen konnte und beschlossen hat, die Initiative zu einer Selbstverpflichtung des Deutschen Bundestags gemeinsam voranzutreiben: Wir wollen, dass die wichtigsten Entscheidungen und Debatten des Parlaments künftig in Leichte Sprache übersetzt werden, um endlich den Rechtsanspruch auf barrierefreien Zugang zu politischen Informationen und Entscheidungen auch für Menschen mit Lern- oder Konzentrationsschwierigkeiten oder Demenz zu erfüllen. Dazu wird sich der Ausschuss für Kultur und Medien an den Ältestenrat wenden und den Bundestagspräsidenten in eine der nächsten Sitzungen einladen.

Pressemitteilung